

8 Fragestunde

Bgm. Nagl:

Nun kommen wir zur Fragestunde. Es ist auf der Gemeinderatssaaluhr 12.44 Uhr. Ich darf gleich zur ersten Frage aufrufen.

8.1 Frage 1: Fußballgipfel (GR Mag. Haßler, SPÖ an StR Hohensinner, ÖVP)

GR Haßler:

Herr Bürgermeister, lieber Stadtrat, lieber Kurt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Werte ZuhörerInnen und Zuhörer auf der Zuschauergalerie. Fußball hat derzeit Hochsaison. Vor allem in dieser Woche ist es in aller Munde. Wer am Dienstag das Spiel von Salzburg in der Champions League gesehen hat, weiß, wie toll Österreich dabei vertreten wurde. Heute am Abend sind wieder zwei Spiele mit österreichischer Beteiligung, und auch auf der Grazer Ebene gibt es derzeit zwar keinen internationalen Fußball, dafür emotionale Diskussionen, was die Stadionfrage betrifft.

Aber es geht nicht um die großen Vereine, es geht auch um die vielen kleinen Vereine und Kollege Alic hat ja dankenswerter Weise, ich glaube, in der Juni-Sitzung das Thema des GSV Wacker hier im Gemeinderat angeschnitten. Bei dieser Sitzung hast du, werter Herr Stadtrat, ja auch gesagt, dass du einen Fußballgipfel zu dem Thema abhalten wirst und wie ich den Medien entnehmen konnte und wie du auch im Ausschuss am Dienstag kurz berichtet hast, hat dieser Gipfel, ich glaube, mit den 18 kleinen Grazer Fußballvereinen vergangene Woche am 11. 9. stattgefunden und nachdem es ja die Kolleginnen und Kollegen im Grazer Gemeinderat auch interessiert, nachdem wir das schon öfter besprochen haben, darf ich an dich jetzt die

Frage

stellen:

Was war das Ergebnis des Fußballgipfels, den du am 11. 9 im Steirischen Fußballverband abgehalten hast?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage:

Was war das Ergebnis des Fußballgipfels, den du am 11. September im Steirischen Fußballverband abgehalten hast?

StR Hohensinner:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat. Erlaube mir kurz einen Witz am Anfang. Die Kärntner SPÖ pflanzt Bäume, wir schauen, dass es den Fußballvereinen besser geht. Der Gemeinderat Mogel war in sportlicher Funktion mit dabei beim Fußballgipfel. Wir haben eigentlich alle kleinen Vereine versammelt gehabt, haben hingehört. Drei Anliegen haben sich herauskristallisiert. Das erste Anliegen ist das finanzielle Anliegen. Da haben wir auch gehört, ein Verein am Land tut sich sehr viel leichter, weil der ansässige Wirt unterstützt, die Bank etc. In Graz ist das etwa schwieriger. Wir haben die Problematik, dass sich immer weniger Funktionäre für Sportvereine melden. Früher war das immer so, dass die Eltern hier mitgemacht haben. Heutzutage ist es immer schwieriger, jemanden zu finden, der bereit ist, Verantwortung zu übernehmen und wir haben auch gerade bei Fußball eine ziemlich starke Konkurrenz durch andere

Sportarten. Das ist für den Fußball natürlich nicht gut. Insgesamt ist es für unsere Jugend natürlich sehr erfreulich, dass man in Graz über 140 Sportarten erlernen und ausüben kann. Vor 30 Jahren waren es 50 Sportarten. Das heißt, Fußball hat ein wenig Konkurrenz bekommen. Beim Fußballgipfel haben wir kritisch, aber konstruktiv diskutiert und wir haben auch einige Maßnahmen bereits in Aussicht stellen können. Nämlich, dass wir mit dem Sportjahr, das ja schon im Herbst 2020 eingeleitet wird, die Fußballsaison würde hier auch um 20 % oder die Fußballvereine würde hier um 20 % in der Jugendmannschaftsförderung mehr unterstützt werden. Das gilt im Übrigen auch für alle anderen Sportarten. Weil das würde auch nicht gehen, dass wir den Fußball sonderbehandeln. Es wird ein vereinsübergreifendes Sponsoring geben. Da waren die Fußballvereine wirklich kreativ, wie man hier ansetzen könnte. Es ist auch vereinbart worden, dass man eine große Veranstaltung macht, wo man sich dieses Geld dann auch aufteilt. Der „Grazer“ hat sich auch spontan bereit erklärt, Werbeflächen kostenlos bereitzustellen. Wenn Firmen sich melden, bekommen die Firmen in der Zeitung Platz und dieses Geld wird dann 1:1 den Fußballvereinen weiter gegeben. Wir haben angeboten, dass wir den Fußballvereinen mit den Schulen, mit der Nachmittagsbetreuung vernetzen. Früher einmal waren die Kinder ab 1 bis 2 Uhr zu Hause, sind dann zu den Vereinen gegangen. Da sich die Lebenswelten der Familien geändert haben, gibt es fast ein flächendeckendes Ganztagesangebot. Deswegen schauen wir, dass wir die Vereine, auch die Fußballvereine, in die Schulen bringen. Da werden wir jedem Verein das Service bieten, dass wir schauen, welche Schulen sind in der Nähe und wie können wir die Fußballvereine in die Schulen bringen. Darüber hinaus haben wir auch vereinbart, dass wir Fortbildungen anbieten, wie z. B. eine Marketingfortbildung. Wie kommt man am besten zu Sponsoren etc. Das sind so die Sachen, die wir auch bereitstellen können und wir haben gesagt, wir wollen nicht nur einen einmaligen Fußballgipfel machen, sondern wir werden jetzt in kleinen Arbeitsgruppen Details ausarbeiten. Da gibt es schon einen Termin. Nämlich den 15. 10. Da laden wir alle Funktionäre und aktive Sportler ein, die in diesen Vereinen aktiv sind, und hier werden wir drei Themenfelder genau ausarbeiten: Infrastruktur

und deren Kosten, Finanzielles allgemein ist eine Gruppe, die zweite Gruppe Ehrenamt, Vorstand und Mehrwert der Vereine im Integrations- und Sozialbereich und die dritte Gruppe Kinder- und Jugendarbeit bzw. Eltern. Dann wird es darauffolgend in November eine Abschlussveranstaltung geben. Insgesamt war der Fokus der Veranstaltung, dass die Vereine, so wurde mir das zugetragen, einmal vorsichtig wirklich sehr begeistert waren. Sie haben sich eigentlich weniger erwartet und sie freuen sich, dass wir bei dem Thema dran bleiben, dass das nicht mehr eine einmalige Veranstaltung war.

Haßler:

Mannschaftssport, speziell auch Fußball, ist ja ein Teamsport und Teamsport gilt, so glaube ich, oder sollte auch für die Politik gelten und ich denke, lieber Kurt, ich kenne dich eigentlich anders, da hast du in der Vergangenheit abgebaut, was dieses Teamgefüge betrifft und generell leidet dieser Gemeinderat darunter, dass die Koalition glaubt, sie alleine kann sagen, wo es lang geht und alle anderen werden ausgeschlossen. Ich darf dich daran erinnern, dass du im Juni in der Gemeinderatssitzung hier verkündet hast, dass alle Sportsprecher zu diesem Fußballgipfel eingeladen werden. Du hast gerade gesagt, der Kollege Mogel, dein Koalitionspartner, war mit dabei. Ich habe mich umgehört, keiner der anderen Fraktionen hatte eine Einladung. Ich weiß auch, dass die Zusammenarbeit dort vor Ort, das weiß ich von den Vereinen, auch etwas holprig war. Weil es hat zwei Fragebögen gegeben, weil man sich nicht auf einen einigen konnte, der Fußballverband hat einen herausgegeben, die Stadt hat einen herausgegeben. Es war nicht alles so eitle Wonne, wie du das schilderst und ich hoffe, dass das ein einmaliges Versehen war, dass du die anderen ausgeschlossen hast und daher darf ich an dich die Frage stellen: Warum hast du die Sportsprecher der anderen Fraktionen nicht zu diesem Fußballgipfel eingeladen?

Hohensinner:

Für mich ist das wirklich arg, wie die SPÖ bei einer guten Geschichte noch immer ein Haar in der Suppe finden versucht und dann irgendetwas, bevor die Zusatzfrage kommt, anmerkt. Ich sage dir nur eines: Der Herr Gemeinderat Mogel war dort in sportlicher Funktion, weil wir in den Vordergrund gestellt haben, dass wir die Funktionäre einladen. Der Gemeinderat Mogel, Gott sei Dank, hat die Verantwortung übernommen und wird schauen, dass der Fußballverein Wacker vielleicht eine Wiederauferstehung erlebt. Da bitte einen Applaus für den Herrn Gemeinderat Mogel und zur Erinnerung möchte ich dir sagen: Du bist ein wenig vergesslich geworden, denn ich habe dich sogar auf den Fußballgipfel angesprochen und hab dich noch gefragt, ob du das gescheit findest, ob wir GAK und Sturm, die großen Vereine, einladen und du hast gesagt, eher nein.

*Zwischenruf GR. **Haßler**: Aber ich war nicht eingeladen.*

Hohensinner:

Aber du hast von dem Termin gewusst. Du hast gesagt, du bist nicht da. Das möchte ich in Erinnerung rufen. Wenn man hier versucht, etwas darzustellen, dann bitte mit Fakten.

*Zwischenruf **Haßler**: Ich war da.*

Hohensinner:

Aber ich nehme deine Anregung auf. Wir haben einen weiteren Termin am 15. 10. Auch hier werden wieder drei Organisationen einladen. Der Fußballverband, der

„Grazer“ unterstützt hier Gott sei Dank, und wir. Aber ich bin überzeugt, unsere Partner werden begeistert sein, wenn alle Sportsprecher hier mit uns gemeinsam an einem Strang ziehen für den Grazer Fußball.

**8.2 Frage 2: Plabutschgondel - Wann beginnt der vertagte Baustart?
(GR Swatek, Neos an StR Dr. Riegler, ÖVP)**

GR Swatek:

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Zusehertribüne, liebe Kollegin und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat Dr. Riegler. Ich richte mich heute an Sie mit einem Thema, das den Gemeinderat und vor allem uns beide hier in der Fragestunde schon etwas länger beschäftigt, nämlich die Plabutschgondel. Wie Sie sich erinnern können, haben Sie ja noch immer nicht die Machbarkeitsstudie für alle Bürgerinnen und Bürger veröffentlicht und wie Sie auch wissen, spätestens seitdem Sie den Stadtrechnungshofbericht gelesen haben, werden wir unsere Investitionskosten bei so einem Projekt auch niemals zurückbekommen. Da ist es natürlich hochinteressant, dass Sie jetzt gerade, bevor ein Wahlkampf ansteht, auf die Idee kommen, dieses Projekt zu vertagen. Vertagen ist genau das, worauf ich auch heute hinaus möchte. Sie vertagen dieses Projekt und erteilen keine Absage und wenn man den Medienberichten folgen kann, dann planen Sie weiter im Hintergrund an dem Projekt und führen auch weiterhin auch die Unverträglichkeitsprüfung durch. Im Hinterzimmer und wieder nicht mit uns Gemeinderäten. Jetzt sind Sie natürlich jemand, der ein abgeschlossenes Wirtschaftsstudium hat und sich im Unternehmen nicht gerade schlecht auskennt und auch mehrere Aufsichtsratsfunktionen ausübt und jetzt sollten gerade Sie in Ihrer Funktion als Finanzstadtrat wissen, dass jedes Projekt Ressourcen und Zeit bindet und dass in einem Betrieb es niemals wirtschaftlich wäre, ein Projekt zu verfolgen, das man nicht versucht, auch umzusetzen. Jedes Projektmanagement hat

auch ein ganz klares Ziel, wo es hin möchte und hat auch ein ganz klares Endziel und einen Endzeitpunkt. Daher frage ich mich natürlich, wann dieser Zeitpunkt, nämlich die Inbetriebnahme oder ein endgültiger Schluss der Planung und damit den Bau zu beginnen, bei der Plabutschgondel erreicht ist und daher möchte ich an Sie die

Frage

richten:

Sehr geehrter Herr Stadtrat Dr. Riegler, da die Plabutschgondel nur vertagt und nicht abgesagt wurde und ein gutes Projektmanagement stets penibel auf Ziel und Endzeitpunkt achtet: Wann soll das Projektziel Baustart der Plabutschgondel realisiert werden?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Stadtrat Dr. Riegler,

die heiß diskutierte und stark umstrittene Plabutschgondel wurde seitens der schwarz-blauen Koalition überraschend vertagt. Doch Planung und Umweltverträglichkeitsprüfung laufen im Hintergrund unbeeindruckt weiter. Doch niemand würde Ressourcen und Zeit in ein Projekt investieren, das niemals sein Ziel, hier der Bau der Plabutschgondel und die Inbetriebnahme dieser, erreichen würde. In einem Projektmanagement sind Ziel und vorgegebener Endzeitpunkt stets genauestens definiert. Da man hoffentlich auch bei der Plabutschgondel von einem schonenden Umgang mit Ressourcen und einem sinnvollen Projektmanagement ausgehen kann, stellt sich daher die Frage, wann das Projekt Plabutschgondel nach der Vertagung nur realisiert werden soll.

Sehr geehrter Herr Stadtrat Dr. Riegler,

da die Plabutschgondel nur vertagt und nicht abgesagt wurde und ein gutes Projektmanagement stets penibel auf Ziel und Endzeitpunkt achtet: Wann soll das Projektziel Baustart der Plabutschgondel realisiert werden?

StR Riegler:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat Swatek. Sehr geehrter Gemeinderat, jetzt haben wir eben dann auch heute die politische gemeinderätliche Aufarbeitung des vergangenen Sommers und daher gibt es ja gleich mehrere Fragen zum Thema Seilbahn auf den Plabutsch, genau genommen geht es ja nicht um eine Gondel, sondern um eine Seilbahn und eine Seilbahn ist ein modernes Massenbeförderungsmittel, und da die zweite Frage relativ weit hinten ist, habe ich mir gedacht, beantworte ich gleich ein wenig davon mit. Da möchte ich zunächst einmal ein Plädoyer starten für eine solche Seilbahnlösung. Warum? Weil erstens einmal eine solche Seilbahnlösung natürlich den knappen Naherholungsraum, den wir haben, besser schließt. Konkret ist es ja so, dass der Plabutsch mit dem Auto nur sehr schwierig zu erschließen ist und außerdem ist es nicht besonders umweltfreundlich, wenn wir an die Fridays-for-Future und dergleichen mehr denken, daher ist es naheliegend, dass man darüber nachdenkt, auch dieses Naherholungsgebiet behindertengerecht auch für Menschen, die sich vielleicht nicht mehr in ein Auto setzen können, zu erschließen, was im Übrigen ja auch geschehen wird. Zweitens ist das Geld, das wir bisher in die Planung investiert haben, ein gut investiertes Geld, wie auch der Stadtrechnungshof berichtet. Wir wissen das schon aus den entsprechenden Kontrollausschusssitzungen. Wir haben das Projekt gut vorbereitet, wir sind in einer guten Projektvorbereitung und wie Sie wissen, ich habe Ihnen das schon erklärt, ist eine solche Machbarkeitsstudie mehrteilig. Erstens geht es um die technische, zweitens um die rechtliche Machbarkeit und drittens um die wirtschaftliche. Bei der rechtlichen Machbarkeit ist das Instrument eine sogenannte Umweltverträglichkeitsprüfung, die übrigens, da muss ich Sie korrigieren, nicht in

irgendwelchen Hinterzimmern, wie Sie das genannt haben, stattfindet, sondern das ist ein ganz normales rechtsstaatliches Verfahren, bei dem eben Behörden sich Informationen beschaffen und Zeugen und Gutachter gehört werden. Ein Hinterzimmer ist das nicht. Daher ist das Ganze gut auf Schiene und wie auch bereits berichtet und umfassend gemeldet, ist es nicht aufgehoben, sondern lediglich in seiner Umsetzung momentan, was den Zeitpunkt betrifft, aufgeschoben. Die Umweltverträglichkeitsprüfung wird bis 2020-2021 finalisiert sein, dann werden wir endgültig komplette entscheidungsreife Unterlagen haben und dann kann ab 2021 eine Entscheidung getroffen werden. Wenn Sie mich fragen, rechne ich eher damit, dass vielleicht der nächste Gemeinderat darüber endgültig befinden wird.

Swatek:

Ich bin immer wieder begeistert, mit welchen kreativen Antworten Sie mich überraschen. Vor allem, dass Sie jetzt auf einmal nicht einmal mehr Ihr eigenes Projekt als Gondel bezeichnen wollen, obwohl die Homepage der Stadt Graz in ihren eigenen Presseaussendungen immer das Wort Gondel enthalten. Renderings zur Gondel, keine Ahnung, es kann jeder nachschauen, Pläne für die Plabutschgondel wurden vorgestellt, am 12.8. war das die Überschrift. Vielleicht sind Sie sich selbst noch nicht bewusst, wohin Ihr Projekt führen sollte. Was ich auch sehr interessant finde ist, dass Sie jetzt auf einmal sagen, da kann man nicht hinauffahren, vor allem dann, wenn wir jetzt gerade am Planen sind, dass ab 14. Oktober das Gust-Mobil oder Tim hinauffahren sollen auf den Plabutsch. Da scheinen Sie auch nicht ganz richtig informiert zu sein und was mich dann auch wundert ist, dass Sie so klar herausstreichen, dass das Projekt gut auf Schiene ist und Sie mir hier keinen endgültigen Zeitpunkt nennen können. Da frage ich mich schon, ob dieses Projekt ein klares Projektmanagement hat und Sie hier wirklich in Ihrer Funktion als Finanzstadtrat ressourcenschonend und effizient arbeiten. Meine Zusatzfrage daher an Sie, wäre es nicht sinnvoller, politische

Luftschlösser liegen zu lassen und sich endlich wirklich um die wichtigen Dinge in der Stadt zu kümmern?

Riegler:

Wenn Sie mich mit dieser Suggestivfrage konfrontieren und politische Luftschlösser und Planungskosten in Verbindung bringen, dann darf ich gleich an den Kollegen oder die Kollegen vom Gemeinderat verweisen, die ja heute gerade dringendste Planungen für ein zweites Fußballstadion einfordern. Dann wünsche ich „Grüß Gott“. Sie haben jetzt schon einen ungefähren Rahmen, wie lange so ein Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren dauern kann und ungefähr auch eine Kostenschätzung. Wir sind natürlich gegen Luftschlösser, aber, wie gesagt, die Plabutschseilbahn ist, so glaube ich, eine sehr vernünftige Idee, behindertengerecht den Plabutsch zu erschließen. Ich ergänze, ich bin sehr oft mit dem Mountainbike am Plabutsch unterwegs und selbstverständlich kann man mit dem Auto, mit einem PKW hinauffahren. Es ist aber eine sehr enge und zum Teil auch sehr steile Straße. Sie werden es wahrscheinlich wissen und daher ist natürlich jedes andere Massenbeförderungsmittel hier nicht möglich eingesetzt zu werden.

Nagl:

Da GR Peter Stöckler erkrankt ist, darf ich nun Herrn Stefan Haberler ersuchen, die Frage an Frau Stadträtin Elke Kahr zu stellen. Es geht um die Regelung für E-Scooter und E-Roller.

**8.3 Frage 3: Regelung für E-Scooter und E-Roller
(GR Haberler, ÖVP an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

GR Haberler:

Geschätzte Stadtregierung, liebe Kollegen. Frau Stadträtin Elke Kahr, bei mir geht es um die Regelung für E-Scooter und E-Roller.

Die E-Mobilität stellt auch die Gesetzgeber vor neue Herausforderungen. In den vergangenen Monaten ist die Anzahl von Elektro-Scootern und Elektro-Rollern sprunghaft angestiegen. In der Praxis werden diese Fahrzeuge – wie vom Gesetzgeber derzeit vorgesehen – auf Radwegen bewegt, jedoch kommt es dort immer wieder zu gefährlichen Situationen und auch Unfällen. Die E-Scooter, welche auch als Zweisitzer bewegt werden dürfen, sorgen mit ihrer großen Lenkerbreite, da denke ich auch an dieses Modell mit diesen überbreiten Reifen, das aussieht, als ob man mit einer Chopper am Radweg fährt und mit zuweilen unzureichend geschulten Lenkern, die teilweise ohne Kenntnisse von Verkehrsregeln unterwegs sind auf Radwegen für Gefahrenmomente; die E-Roller mit ihrem kurzen Radstand und dem instabilen Geradeauslauf scheinen für das Befahren von Radwegen ebenso nur bedingt geeignet. Sowohl E-Scooter und E-Roller erhöhen mit ihrer starken Beschleunigung, ihrer Bauart und oftmals auch wegen der Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten das Gefahrenpotenzial auf Radwegen signifikant und sorgen somit dafür, dass es auf den Radwegen enger wird. Die Radwege sollten jedoch – nomen est omen – weiterhin den Radfahrern und E-Bike-Fahrern, die ihr Fahrzeug ja nach wie vor mit Muskelkraft bewegen müssen, vorbehalten bleiben. Da spricht man von diesen Pedelec, das sind die Fahrräder, die man auch treten kann, wo man Muskelkraft einsetzen kann. Ich bin der Meinung, dass der Radweg dafür erhalten sollte und nicht für selbstfahrende E-Fahrzeuge.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin Elke Kahr, die

Frage,

ob Sie sich als zuständige Stadträtin für Verkehr, aber auch als mögliche zukünftige Nationalrätin einbringen werden, ein Konzept zu erarbeiten, das das Befahren von Radwegen mit E-Scootern und E-Rollern zum Schutz der RadfahrerInnen untersagt. Dieses Konzept könnte als Vorbild für eine bundesweite Regelung gelten und sofort nach Konstituierung der neuen Bundesregierung am Petitionswege an den Gesetzgeber herangetragen werden.

Originaltext der Frage:

Die E-Mobilität stellt auch die Gesetzgeber vor neue Herausforderungen. In den vergangenen Monaten ist die Anzahl von Elektro-Scootern (die in der Bauweise den Mopedrollern sehr ähnlich sind) und Elektro-Rollern (jene den Tretrollern nachempfundenen Fahrzeuge, die mit E-Antrieb ausgestattet sind) sprunghaft angestiegen. In der Praxis werden diese Fahrzeuge – wie vom Gesetzgeber derzeit vorgesehen – auf Radwegen bewegt, jedoch kommt es dort immer wieder zu gefährlichen Situationen und auch Unfällen. Die E-Scooter, welche auch als Zweisitzer bewegt werden dürfen, sorgen mit ihrer großen Lenkerbreite und mit zuweilen unzureichend geschulten Lenkern, die teilweise ohne Kenntnisse von Verkehrsregeln unterwegs sind, auf Radwegen für Gefahrenmomente; die E-Roller mit ihrem kurzen Radstand und dem instabilen Geradeauslauf scheinen für das Befahren von Radwegen ebenso nur bedingt geeignet. Sowohl E-Scooter und E-Roller erhöhen mit ihrer starken Beschleunigung, ihrer Bauart und oftmals auch wegen der Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten das Gefahrenpotenzial auf Radwegen signifikant und sorgen somit dafür, dass es auf den Radwegen enger wird. Die Radwege sollten jedoch – nomen est omen – weiterhin den Radfahrern und E-Bike-Fahrern, die ihr Fahrzeug ja nach wie vor mit Muskelkraft bewegen müssen, vorbehalten bleiben.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin Elke Kahr, die

Frage,

ob Sie sich als zuständige Stadträtin für Verkehr, aber auch als mögliche zukünftige Nationalrätin einbringen werden, ein Konzept zu erarbeiten, das das Befahren von Radwegen mit E-Scootern und E-Rollern zum Schutz der RadfahrerInnen untersagt. Dieses Konzept könnte als Vorbild für eine bundesweite Regelung gelten und sofort nach Konstituierung der neuen Bundesregierung am Petitionswege an den Gesetzgeber herangetragen werden.

Bgm. Nagl:

Ich möchte den hohen Gemeinderat ersuchen zuzustimmen, dass ausnahmsweise diese Frage heute weitergegeben werden darf. In unserer Geschäftsordnung ist vorgesehen, dass, wenn jemand erkrankt, die Frage nicht gestellt werden kann von jemand anderem. Wenn alle einverstanden sind, warten wir jetzt noch die Antwort ab. Ich war da jetzt unachtsam. Gibt es einen Einwand?

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Nein.

Nagl:

Dann darf ich um die Antwort ersuchen. Danke.

StRⁱⁿ Kahr:

Dankeschön, sehr geehrter Herr Haberler. Ich bin sogar sehr froh, dass Sie diese Frage gestellt haben. Weil durchwegs man dieses Thema sehr genau ansehen muss, beobachten muss, wie sich das entwickelt. Aber zu den Fakten: Die StVO-Novelle stellt diese ganzen E-Scooter, E-Roller und ähnliche Gefährte mit Elektroantrieb, bis max. 600 KW und max. 25 km/h, auf eine Stufe mit den Fahrrädern. Wenngleich das in Anbetracht der Belastung auf unseren Radwegen, die ohnehin auch für unsere RadfahrerInnen, vor allem dort, wo es sich um gemischte Radwege handelt, aus meiner Sicht schon zu knapp bemessen sind und das eben wichtig ist, in Hinkunft vor allem eigene Radwege zu errichten, hat sich der Bundesgesetzgeber natürlich, als er das erlassen hat, auch etwas gedacht. Ich finde, dass es zumindest noch bis jetzt ein vertretbarer Weg ist. Das sehen auch alle Sicherheitseinrichtungen, die Polizei, ich habe mir ja auch Gedanken gemacht, als ich die Gefährte beobachtet habe und deshalb finde ich, dass wir derzeit einmal auf eine Bewusstseinskampagne setzen und wie du ja sicherlich bestens weißt, hat hier auch die Initiative „Gemeinsam Sicher“, wo eh der Herr Bürgermeister zusammen mit der Polizei diese Broschüre herausgegeben hat, um überhaupt einmal der Bevölkerung bewusst zu machen, was darf überhaupt jedes Fahrzeug und was bedeutet es, worauf muss man achten. Weil das Hinabdrängen dieser E-Scooter auf die Fahrbahn, davon sind alle überzeugt, würde auf jeden Fall zu einer größeren Gefahrenquelle für die betroffenen Nutzer führen und deshalb finde ich diesen Weg, den derzeit der Gesetzgeber so vorgesehen hat, als vertretbar.

Haberler:

Ich glaube, dass das ein Thema ist, das uns noch länger beschäftigen wird. Wir sind auch sehr froh, dass diese Entwicklung eigentlich in diese Richtung geht, damit auch die kurzen Fahrten mit dem Auto unterbunden werden, was löblich ist. Mir geht es auch darum, dass halt eine Gefahr ausgeht von ein paar schwarzen Schafen und da

jetzt meine Frage: Man kann mit einem ganz einfachen App das relativ schnell machen, dass dann hinten nur mehr ein kleines Taferl oben ist, ich bin ein Fahrrad, und die fahren dann wirklich so schnell, die überholen das Moped, das 45 km/h geht, mit diesem Elektroscooter und ob Sie bereit wären, hier zur Polizei zu gehen oder wohin auch immer und hier eine Schwerpunktkontrolle machen, weil die kommen mit einer Geschwindigkeit, der Autofahrer denkt sich, das ist ein Fahrrad und dann ist es auf einmal da, weil es mit einer solchen Geschwindigkeit kommt, weil es im Bewusstsein noch nicht angekommen ist und es einfach ein irrsinniges Gefahrenpotential ist.

Kahr:

Sehr gerne, noch einmal. Ich beobachte das selbst sehr genau und, wie Sie richtig ansprechen, der überwiegende Teil ist Gott sei Dank solide, aber es gibt da absolut schwarze Schafe, wie Sie das sagen und hier die Polizei zu sensibilisieren oder uns zu unterstützen mit Schwerpunktkontrollen, das kann ich gerne unterstützen.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (13.05 Uhr).

**8.4 Frage 4: Bäume am Murufer
(Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) Braunersreuther, KPÖ an Bgm. Mag. Nagl, ÖVP)**

GR Braunersreuther:

Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte ZuhörerInnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Auch ich komme wieder auf den Sommer zurück. Auf etwas, das im Sommer zu beobachten war. Es wurden ja für das Murkraftwerk und den Speicherkanal bereits 16.000 Bäume am Murufer gefällt, obwohl von Anfang an

bekannt war, dass die Stauwurzel dieses Kraftwerks bis auf Höhe der Murinsel zurückreicht, das wurde ja bewusst so gesagt und gemacht, weil ja sonst diese angedachte Schifffahrt ja nie möglich gewesen wäre. Die Bäume wurden jedoch ausschließlich, mit Ausnahme der Augartenbucht, aber sonst ausschließlich südlich der Bertha-von-Suttner-Brücke gerodet. Wie jetzt bei den derzeitigen Probestauungen schon deutlich zu sehen war, stehen nördlich davon bis zur Hauptbrücke beidseitig die Uferbäume nun im Wasser. Dass das nicht gesund ist, mit Ausnahme von Weiden, die das gut aushalten, weil die sind halt Wasserbäume, führen diese „nassen Füße“, so wird das auch in Fachkreisen genannt, dazu, dass betroffene Bäume erkranken und über kurz oder lang absterben werden. Das heißt, eigentlich wäre es fast sinnvoller, die gleich zu fällen, was aber bisher nicht gemacht wurde. Deswegen ist meine

Frage:

In welchem Ausmaß und bis wann haben Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, in Ihrer Rolle als Verantwortlicher für Grünraum in unserer Stadt geplant, diesen neuerlichen Verlust von Bäumen zu kompensieren?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, für Murkraftwerk und Speicherkanal wurden bisher bereits ca. 16.000 Uferbäume gefällt. Obwohl von Anfang an bekannt war, dass die Stauwurzel des Kraftwerks bis auf Höhe der Murinsel zurückreicht, wurde jedoch ausschließlich südlich der Bertha-von-Suttner-Brücke der Uferbereich gerodet. Wie bei den derzeitigen Probestauungen gut zu sehen ist, stehen im Bereich nördlich davon bis zur Hauptbrücke beidseitig der Mur die Uferbäume nun im Wasser. Diese „nassen Füße“ führen dazu, dass betroffene Bäume – mit Ausnahme von Weiden – über kurz oder lang krank werden und absterben.

Frage

In welchem Ausmaß und bis wann haben Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, in Ihrer Rolle als Verantwortlicher für Grünraum in unserer Stadt geplant, diesen neuerlichen Verlust von Bäumen zu kompensieren?

Bgm. Nagl:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin. Danke für diese Frage, sie gibt mir auch Gelegenheit, wieder aufzuzeigen, wie genau wir in diesem Bereich der Planungen in der UVP vorgegangen sind. Sie sind eine sehr genaue Beobachterin. Ich habe es natürlich auch gesehen. Aber es war uns von Anfang an klar, was passieren wird, wenn wir das erste Mal mit dem Aufstauen beginnen. Die Frage bezieht sich auf Bäume am Murofer, die du durch die Anhebung des Stauwasserspiegels des Murkraftwerkes nun im Wasser stehen und im Laufe der nächsten Jahre absterben und sukzessive entnommen werden müssen. Über die Zahl, die Sie genannt haben, von Bäumen, darüber könnte man noch lange diskutieren, darauf will ich gar nicht eingehen. Ich möchte genau auf Ihre Frage eingehen. Im UVP-Bescheid, gelten diese sogenannten Einstaubäume bereits als gerodet. Das heißt, der Verlust dieser Bäume war bekannt und auch einkalkuliert. Die Anzahl konnte bei der Projektentwicklung des Murkraftwerkes bereits sehr genau beziffert werden und daher wurden diese in der gesamten Anzahl der Ersatzpflanzungen bereits berücksichtigt. Für die Kompensation ist der Kraftwerkerrichter, das ist die Energie Steiermark und die Energie Graz, verantwortlich. Diese Vorgehensweise wurde von der UVP-Behörde bewusst gewählt, die haben gesagt: Bitte lasst sie stehen, damit nicht alle Bäume gleichzeitig gefällt werden, besonders nicht jene, die von den Bauarbeiten des Murkraftwerkes nicht direkt betroffen waren. Dadurch wird ein sanfterer Übergang geschaffen, weil die jungen Ersatzbäume bereits gut angewachsen sind, wenn die alten Bäume dann

tatsächlich fallen. Nichtsdestotrotz werden von der Stadt zusätzliche Kompensationsmaßnahmen ergriffen. Eine intensive Begrünung erfolgt zusätzlich abseits der Dammbereiche im Hinterland als zweite und dritte Grünkulisse auf stadteigenen oder privaten Flächen. Auch dafür gibt es Beispiele: intensive Begrünung des Holding-Areals im Bereich Lagergasse/Sturzgasse, einschließlich Kanalbaubetrieb; die Verdichtung des Baumbestandes im gesamten Maria-Cäsar-Park am Grünanger und in der Andersengasse und der Aufbau neuer straßenbegleitender Baumreihen entlang der Lagergasse auf privaten Gewerbegrundstücken im Zusammenhang mit der Stadtplanung. Aber noch einmal, wir haben ganz genau gewusst, dass das passieren wird. Man will natürlich diese Laubkronen, die wir haben, auch weil wir über den Feinstaub etc. diskutieren, möglichst lange bestehen lassen. In der Zwischenzeit haben die jungen Bäume die Chance, eine solche Krone zu entwickeln und dadurch gibt es einen sanfteren Übergang.

Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther**:

Vielen Dank für die Antwort. Das ist ja im Sinne der Uferbeschattung durchaus sinnvoll, wenn man sagt, man lässt die noch so lange stehen, wie es geht. Allerdings ist es natürlich auch ein wenig eine Beruhigung der Bevölkerung, weil ich denke mir, je näher an der Innenstadt Bäume gefällt werden, desto mehr Leuten stört es natürlich und werden dagegen protestieren. Deswegen ist meine Frage: Es hat sich ja mittlerweile herausgestellt, dass viel mehr Bäume, als ursprünglich angegeben waren, unter diesen Bauten leiden bzw. gibt es ja auch eine ganz große Grünrauminitiative und das Klimaschutzprogramm, Sie haben es ja schon gesagt, es wurde auch entlang der Mur gepflanzt. Wichtig wäre es eben, auch vor allen Dingen innerstädtisch zu pflanzen. Daher, wenn ich es mir erlauben darf, zwei Fragen. Die erste wäre ganz simpel zu beantworten: Wann werden die im Wasser stehenden Bäume gefällt und gibt es Überlegungen, dass ein Mehr an Nachpflanzungen auch innerstädtisch erfolgen wird?

Nagl:

Danke vielmals. Die Faszination für mich ist immer wieder, dass ja aus Antimaterie Materie werden kann, aus Gedanken und Träumen, manche bezeichnen das auch als Luftschlösser, dann Wirklichkeit wird. Das Luftschloss Murkraftwerk Graz, das 50.000 Menschen jetzt mit ökologischem Strom versorgen wird, ist Wirklichkeit geworden. Der Speicherkanal, der unseren Fischen täglich unsere Abwässer erspart, ist Realität geworden und der Lebensraum Mur, den wir den Grazerinnen und Grazern und unseren Gästen zurückschenken, wird auch Wirklichkeit. Ich weiß, die anfänglichen Berichterstattungen, die anfänglichen Schauermärchen, die erzählt wurden, allein über den Augarten, sind längst schon gewichen. Die Menschen haben jetzt auch mit einer unheimlichen Begeisterung teilgenommen an den ersten Waterdays, die ja noch im Kleinen veranstaltet wurden. Ich lade immer alle gerne ein. Ich darf auch alle jene Fraktionen, die sich da heftig gewehrt haben gegen diese jetzt realisierten Luftschlösser, einmal einladen, hinzukommen mit den Wassersportlern, mit den Menschen zu reden. Das wird alles wunderbar werden und was die Mehrpflanzungen in der Stadt Graz und die Klimainnovationsstadt Graz und unsere Überlegungen anbelangt, haben Sie ja wahrscheinlich den Medien zwei Dinge entnommen: Das eine ist, dass wir dem Wunsch des Kinder- und Jugendgemeinderates schon entsprochen haben. Ich war mit dem Herrn Stadtrat Hohensinner und dem Herrn Stadtrat Günter Riegler, dem Herrn Vizebürgermeister mit dem Jugendgemeinderat im Wald und wir haben versprochen, für jedes neu geborene Kind in Graz ein Bäumchen zu pflanzen, wenn die Eltern die Pflanzen nicht abholen (*Appl.*); ja danke, das ist schon passiert. Wir haben 600 Bäume wieder nachgepflanzt. Es sind schon 2.500 Bäume, die wir heuer gepflanzt haben und wir haben angekündigt, dass 1.500 Bäume auf öffentlichen Plätzen und Straßen in den nächsten zwei Jahren auch gepflanzt werden. Man sieht das ja auch schon. Es gibt kaum mehr ein Projekt, eines hat es gegeben, leider Gottes, das aber nicht von mir, sondern von jemand anderem abgesagt wurde. Wir versuchen bei jedem Straßenprojekt, das wir jetzt angehen, auch mit dem Stockholmer Modell, gleich Bäume zu pflanzen. Man sieht das in Eggenberg, man sieht das in der

Leonhardstraße, man wird es demnächst in der Schmiedgasse bis zum Hauptplatz sehen. Das heißt, wir erhöhen die Schlagzahl bei den Baumpflanzungen ganz enorm. Ich freue mich darüber, und noch einmal zurückkommend auf ihre Frage: Wann werden diese Bäume im Wasser gefällt, das wird, wenn ich so sagen darf, die Mur von alleine erledigen. Das heißt, diese Bäume werden aufgrund der „nassen Füße“ zu einem sehr großen Teil wahrscheinlich eines Tages im Wasser mit dem Wasserstrom umstürzen und werden dann unten beim Kraftwerk auch heraus entsorgt werden müssen. Wir werden uns das genau ansehen. Aber noch einmal, es ist UVP-Auflage und es war gescheit, weil uns die Expertinnen und Experten gesagt haben, das ist die sanfte Methode, um möglichst den Laubanteil in Graz aufrecht zu erhalten. Das heißt, es wird in den nächsten paar Jahren dann zur Reduktion dieser Bäume kommen, aber dafür stehen die neuen schon.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (13.15 Uhr).

**8.5 Frage 5: Facebook-Seite „Frauen in Graz“
(GRⁱⁿ Mag.^a Schleicher, FPÖ an StRⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)**

Schleicher:

Sehr geehrte Frau Stadtrat, von Ihrem Referat Frauen und Gleichstellung aus wird ja eine offizielle Facebook-Seite mit dem Namen „Frauen in Graz“ betrieben. An und für sich ein sehr guter Service für die Frauen der Graz Stadt, wobei die Grazer Männer auf diesen Service verzichten müssen oder sich mit der allgemeinen Facebook-Seite der Stadt Graz zufrieden geben müssen. Im Impressum bei den allgemeinen Informationen von „Frauen in Graz“ heißt es: „Wir versorgen dich mit den wichtigsten Infos, Tipps, Terminen, Serviceangeboten und Events für Mädchen und Frauen in Graz.“ Tatsächlich

finden sich auf der Seite auch sinnvolle Informationen, wie beispielsweise die Porträts der Pionierinnen der Stadt Graz oder auch Vorstellungen von Frauenberufen, die für Mädchen interessant wären, aber eben noch nicht so bekannt sind.

Zwischendurch finden sich aber in meinen Augen absolut sinnbefreite Postings – Sprüche wie „Katzen wurden erschaffen, um die Annahme ad absurdum zu führen, dass alles und jede nur dazu da ist, den Männern untertan zu sein“, übrigens ohne Quellenangabe, oder Zitate wie „Eine Frau ohne Mann ist wie ein Fisch ohne Fahrrad“. Was soll den Leserinnen damit vermittelt werden? Soll so ein Miteinander auf Augenhöhe und mit Wertschätzung funktionieren? Sieht so die offizielle Meinung der Stadt Graz zum Männerbild aus? Ich finde, diese abwertenden Sprüche haben in einem offiziellen Online-Medium der Stadt Graz nichts verloren und deshalb meine

Frage:

Sind Sie bereit zu gewährleisten, dass solche abwertenden Beiträge auf der offiziellen Facebook-Seite des Referats für Frauen und Gleichstellung in Zukunft keinen Platz mehr finden?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ihr Referat Frauen und Gleichstellung betreibt eine offizielle Facebook-Seite mit dem Namen „Frauen in Graz“. An und für sich erachte ich diese Seite als guten Service der Stadt für die Grazer Frauen, obwohl die Grazer Männer auf eine vergleichbare Einrichtung verzichten und sich mit der allgemeinen Facebook-Seite der Stadt Graz zufrieden geben müssen. Im Impressum heißt es: „Wir versorgen dich mit den wichtigsten Infos, Tipps, Terminen, Serviceangeboten und Events für Mädchen und Frauen in Graz.“ Tatsächlich werden sinnvolle Informationen veröffentlicht – etwa

Porträts der Pionierinnen der Stadt Graz oder auch Einblicke in weniger bekannte Berufe, die für Mädchen interessant sein könnten.

Zwischen Veröffentlichungen eben erwähnter Art mischen sich allerdings immer wieder vergleichsweise sinnbefreite Einträge – Sprüche wie „Katzen wurden erschaffen, um die Annahme ad absurdum zu führen, dass alles und jede nur dazu da ist, den Männern untertan zu sein“, übrigens ohne Quellenangabe, oder Zitate wie „Eine Frau ohne Mann ist wie ein Fisch ohne Fahrrad“.

Was soll den Leserinnen damit vermittelt werden? Soll so ein Miteinander auf Augenhöhe und mit Wertschätzung entstehen? Handelt es sich dabei etwa um die offizielle Sichtweise der Stadt Graz zum Männerbild?

Da ich die Ansicht vertrete, dass solche Veröffentlichungen in einem offiziellen Medium der Stadt Graz nichts verloren haben, ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

Sind Sie bereit zu gewährleisten, dass solche abwertenden Beiträge auf der offiziellen Facebook-Seite des Referats für Frauen und Gleichstellung in Zukunft keinen Platz mehr finden?

StRⁱⁿ Schwentner:

Danke, für die Frage. Werte Frau Gemeinderätin, werter Gemeinderat. Sie haben es schon eingangs erwähnt. Die Seite richtet sich an alle Frauen in Graz, aber auch an die Männer. Ich wüsste nicht, warum die Männer auf die Informationen verzichten müssen. Jede hat Zugang auf diese Facebook-Seite, auch Männer. Die Facebook-Seite informiert über das Frauenreferat, das Referat für Frauen und Gleichstellung, wie Sie

schon gesagt haben, informiert über Veranstaltungen, über Wissenswertes, über Berufliches, hat, wie alle Social-Media-Seiten und –Kanäle, durchaus auch witzige Sachen, verschiedenen Statements, kleine Filme und will vor allem eines: zur Diskussion anregen. So auch diese beiden Statements, die Sie zitieren. Das eine, eine Frau braucht einen Mann wie ein Fisch ein Fahrrad, stammt aus den 50iger Jahren. Wir haben die Quelle selbst nicht genau gefunden, aber es ist wirklich sehr alt. Sogar die Band U2 verwendet es in einem Song. Wenn Sie mir nur erklären würden, worin die Abwertung der Männer liegen würde, dann könnte ich vielleicht mehr damit anfangen. Es geht um die Selbstbestimmtheit der Frau, um die Unabhängigkeit, so wie auch bei diesem Katzen-Posting. Wir wissen, dass Katzen sehr unabhängige Tiere sind im Unterschied zu Hunden, die immer sehr anhänglich sind. Katzen führen ihr Eigenleben und genau dieses Eigenleben und diese Selbstbestimmtheit und Selbstbestimmung der Frau ist das Thema. Ja, man kann drüber diskutieren, es ist Geschmacksache, ob man das Zitat jetzt lustig, toll oder irgendwie findet. Wir beide sind vielleicht nicht immer die Zielgruppe. Die Zielgruppe sind alle Frauen in Graz, und alle Frauen in Graz sind so verschieden wie alle Frauen hier und noch viele andere. Das heißt, das ist der Versuch, die verschiedenen Frauen dieser Stadt mit verschiedensten Informationen anzusprechen.

Schleicher:

Danke, für die Antwort. Was man uns sicher nicht vorwerfen kann, ist, Spaßfreiheit. Wir haben sehr viel Humor, aber ich bin auch ein wenig eine Gerechtigkeitsfanatikerin. Jetzt möge man sich nur vorstellen, die Stadt Graz hätte eine Facebook-Seite nur für Männer und Männer würden dort solche Sprüche posten, die abwertend sind, weil ein Fisch braucht kein Fahrrad, das ist sinnlos.

*Zwischenruf **Schwentner**: Ja, genau!*

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Wutte**: Ja, genau, braucht man nicht, darum geht es!*

Schleicher:

Wenn Männer so etwas schreiben würden auf einem offiziellen Medium der Stadt Graz, dann wäre der Aufschrei sehr groß und vor allem aus Ihrer Richtung. Es geht um Balance. (*Appl.*)

Noch einmal meine Frage, sind Sie bereit, in Zukunft dafür Sorge zu tragen, dass auf dieser Seite wertschätzender kommuniziert wird?

Schwentner:

Wenn Sie mir noch einmal die Abwertung erklären, dann bin ich bereit, Abwertung zur Kenntnis zu nehmen, ich erkenne keine Abwertung in diesem Posting. Es ist sinnbefreit, wie Sie sagen, ein Fahrrad und Fisch ist in der Kombination genauso sinnlos wie eine Frau nicht unselbstständig sein kann und es soll provozieren und anregen, aber niemanden abwerten, vor allem nicht Männer. Die Facebook-Seite richtet sich wie insgesamt wie das Referat an Frauen- und Gleichstellungsfragen und ist genau so konzipiert. Da müssten Sie insgesamt auch ein Referat für Frauen in Frage stellen. Wenn wir alle der Meinung sind, es gibt ein Referat für Frauen, das sich auch um die Anliegen und Informationen für Frauen kümmert, dann entspricht auch die Seite diesem Ansinnen.

**8.6 Frage 6: Barrierefreiheit in Grazer Gemeindewohnungen
(GRⁱⁿ MA Wutte, Grüne an Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio, FPÖ)**

GRⁱⁿ **Wutte:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer und Zuschauerinnen, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister. Meine Frage bezieht sich auf die Wohnsituation von Grazer BürgerInnen, die seit Monaten auf dringend nötige Umbauten in den Bädern ihrer Grazer Gemeindewohnungen warten.

Die August-Ausgabe des Megaphons berichtete, dass zwei Bewohnerinnen von Gemeindewohnungen in der Faunastraße 63 (gegenüber den neuen, exzellent ausgestatteten städtischen Wohnungen) seit Monaten auf den barrierefreien Umbau ihrer Bäder warten. Eine Bewohnerin hat kein Waschbecken im Badezimmer und kann die Badewanne aufgrund ihrer körperlichen Beeinträchtigung an manchen Tagen nicht betreten. Das heißt, sie wäscht sich im Sommer an heißen Tagen mit dem Eimer. Beide Bewohnerinnen haben beim Sozialministerium um Zuschüsse für den Badeumbau angesucht, diese wurden bereits vor Monaten auch genehmigt.

Der Umbau wurde den Frauen von Seiten des Gebäudemanagements zwar zugesichert und müsste nur noch umgesetzt werden, ist jedoch bis heute nicht passiert, trotz der sehr prekären Situation dieser Frauen. Warum sich der Umbau so lange herauszögert, ist sehr schwer nachvollziehbar. Vor allem auch, weil die Megaphon-RedakteurInnen bereits im Juli mit Ihrem Büro Kontakt aufgenommen haben und die Fälle schilderten. Getan hat sich seitdem jedoch noch immer nichts.

Deswegen richte ich folgende

Frage

an Sie:

Wann erfolgt der aufgrund der körperlichen Beeinträchtigung der BewohnerInnen dringend notwendige Umbau der Bäder in den Gemeindewohnungen Faunastraße 63?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, meine Frage bezieht sich auf die Wohnsituation von Menschen, die seit Monaten auf dringend nötige Umbauten in den Bädern ihrer Grazer Gemeindewohnungen warten.

Die August-Ausgabe des Megaphons berichtete, dass zwei Bewohnerinnen von Gemeindewohnungen in der Faunastraße 63 (gegenüber den neuen, exzellent ausgestatteten städtischen Wohnungen) seit Monaten auf den barrierefreien Umbau ihrer Bäder warten. Eine Bewohnerin hat kein Waschbecken im Badezimmer und kann die Badewanne aufgrund ihrer körperlichen Beeinträchtigung an manchen Tagen nicht betreten. Beide Bewohnerinnen haben beim Sozialministerium um Zuschüsse für den Badeumbau angesucht, diese wurden bereits vor Monaten auch genehmigt.

Der Umbau wurde den Frauen von Seiten des Gebäudemanagements zwar zugesichert und müsste nur noch umgesetzt werden, ist jedoch trotz der sehr prekären Situation der BewohnerInnen bis heute nicht erfolgt. Warum sich dieser so lange herauszögert, ist schwer nachvollziehbar. Im Zuge ihrer Recherchen nahmen die Megaphon-RedakteurInnen bereits im Juli mit Ihrem Büro Kontakt auf und schilderten die Fälle. Getan hat sich seitdem jedoch noch immer nichts (Stand 11.9.2019).

Deswegen richte ich folgende

Frage

an Sie:

Wann erfolgt der aufgrund der körperlichen Beeinträchtigung der BewohnerInnen dringend notwendige Umbau der Bäder in den Gemeindewohnungen Faunastraße 63?

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Liebe Frau Gemeinderätin. Danke für die Frage. Das gibt ja dann auch die Möglichkeit die Dinge klarzustellen, wie sie durch schlecht recherchierte Artikel halt nicht so hinüberkommen. Zur Aufklärung: Sobald Mieter eine Zusage zur finanziellen Unterstützung von geplanten Sanierungen durch das Bundessozialamt haben, ist dieser Mieter verpflichtet, mit allen notwendigen Unterlagen um eine Umbaubewilligung bei seinem Vermieter, in diesem Fall Wohnen Graz, anzusuchen. Mit dieser Bewilligung kann er dann in weiterer Folge, und zwar der Mieter selbst, bei entsprechend fachlich qualifizierten Unternehmen die Umbaumaßnahmen beauftragen. Die von Ihnen genannten Fälle sind jedoch völlig getrennt voneinander zu betrachten. Bewohnerin der Faunastraße 49, eine Frau P., hat für eine Teilsanierung ihres Bades im Februar 2018 beim Bundessozialamt eine Zusage erhalten. Dafür hat sie von Wohnen Graz auch umgehend eine privatrechtliche Bewilligung für den Umbau erhalten. Wie bereits oben erwähnt, hätte sie den Umbau in weiterer Folge selbst beauftragen müssen. Erst im darauffolgenden Jahr, im März 2019, wandte sich die Dame erneut mit der Bitte um Unterstützung an Wohnen Graz. Es wurde daraufhin ein neues Angebot für einen Gesamtumbau des Bades eingeholt. Wir reden von 21.000 € netto. Mit der Unterstützung durch das Sozialamt wurde ein neuerlicher Antrag beim Bundessozialamt für die Gesamtsanierung eingereicht. Zusätzlich wurde mit Hilfe des Sozialamtes, Unterstützung durch das Sozialamt in der Höhe von € 3.228, nach weiteren finanziellen Unterstützungen gesucht und zum Teil auch schon gefunden. Einige Zusagen, auch die vom Bundessozialamt, werden jedoch erst mit Oktober 2019 zu erwarten sein. Erst dann ist es möglich, den Fehlbetrag festzustellen, welcher von Wohnen Graz dann entgegenkommenderweise, weil nicht verpflichtend, auch

vorgeschossen wird. Gemäß einer Niederschrift mit der Ansuchenden vom 26.6.2019 wird dieser Vorschuss dann auch in Raten der Miete zugeschlagen.

Bewohnerin Faunastraße 63, Frau S. Bezugnehmend auf das fehlende Waschbecken, muss ich Ihnen mitteilen, dass Frau S. dieses selbst entfernt hat, um eine Waschmaschine darunter zu stellen. Mittlerweile hat sie, aufgrund körperlicher Beschwerden, Probleme beim Einstieg in ihre Badewanne und daher ein Angebot für den Umbau des Bades eingeholt. Erste Niederschrift, 5.11.2018. Nach Prüfung des vorliegenden Angebotes mussten wir feststellen, also Wohnen Graz, dass die anbietende Firma nicht über die notwendigen Gewerbeberechtigungen verfügt, daher wurde es abgelehnt. Ein weiteres neues Angebot hat Wohnen Graz am 24.6.2019 in Auftrag gegeben. Nachdem rund 6.000 € über verschiedene Institutionen, derzeit kein Zuschuss vom Bundessozialamt, weil keine Behinderung festgestellt wurde, lukriert wurden, hat Wohnen Graz am 6.9. 2019 mit der Mieterin eine entsprechende Niederschrift verfasst. In dieser wurden die Rückzahlungsraten, Wohnen Graz geht mit € 8.500 in Vorlage, und die weitere Vorgehensweise besprochen. Die Beauftragung ist bereits erfolgt und die Arbeiten sollten dementsprechend demnächst beginnen. Das zur sachlichen Klarstellung.

Wutte:

Das waren jetzt sehr viele Detailinformationen. Ich bemühe mich das zu rekonstruieren.

Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio: Sie bekommen die Unterlagen mit.

Wutte:

Es ist erfreulich, dass es im zweiten Fall jetzt bald zu den Umbauarbeiten kommen wird, so habe ich es verstanden und im ersten Fall, ich denke, da gibt es sehr unterschiedliche Einschätzungen dazu, ob das die Frau selbst beauftragen hätte sollen oder nicht. Das ist ein Hin- und Hergeschiebe.

Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio: Das ist rechtlich so korrekt.

Wutte:

Was für mich ja trotzdem als Frage über bleibt, deshalb gibt es da viele Schleifen von Kommunikation und ich denke, die Frauen haben sich teilweise selbst nicht ausgekannt, was jetzt ihre Situation ist und so ist auch der Artikel im Megaphon entstanden. Von dem her ist meine Zusatzfrage, wie Sie sicherstellen wollen, dass in Zukunft mit solchen Fällen einfach anders umgegangen wird. Dass die BewohnerInnen Klarheit haben, wann das Bad umgebaut wird und dass es einfach eine klare Kommunikation in Richtung der BewohnerInnen gibt. Weil ich glaube, über Monate hat sich niemand ausgekannt, was passieren wird.

Eustacchio:

Die Kommunikation erfolgt wie bei allen anderen Fällen. Es sind ja nicht Erstfälle, und dort wird klar festgelegt, dass die Bewohner, sobald sie einen Zuschuss haben, soweit sie wissen, über wieviel Geld sie verfügen, selbst dafür Sorge zu tragen haben, wer bei ihnen diese Umbaumaßnahmen vornimmt. Ich werde Wohnen Graz gerne noch einmal auffordern, das detaillierter zu machen, aber ich denke, es ist so detailliert, wir kennen die Damen und Herren, die da tätig sind, dass es keine offenen Fragen an und für sich

gibt. Hier liegt definitiv Selbstverschulden der zwei Damen vor und nicht das von Wohnen Graz.

Nagl:

Danke, vielmals, kleine Anmerkung noch dazu. Es ist auch ganz wichtig, wenn eine Frage an Sie herangetragen wird, dass dieser Bundeszuschuss vorher genehmigt wird. Manche beginnen nämlich dann vorher auch privat mit dem Umbau und bekommen ihn danach nicht mehr ersetzt. Also auch ein Thema, das immer wieder auch als Sorge bei uns im Rathaus deponiert wird.

**8.7 Frage 7: Kosten Schulstart
(GRⁱⁿ Mag.^a Bauer, SPÖ an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

GRⁱⁿ Bauer:

Vielen herzlichen Dank, zuerst Herr Bürgermeister, liebe Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte mich sehr herzlich bedanken für die wertschätzende, freundschaftliche Wiederaufnahme hier im Gemeinderat und auch die Gemeinderatskolleginnen und Kollegen um gute und konstruktive Zusammenarbeit bitten. Ich habe mir auch sehr gut überlegt, warum ich wieder in den Gemeinderat zurückkomme. Es ist natürlich auch sehr aufwendig die Arbeit, das darf man nicht unterschätzen, und es ist mir ein wirkliches Anliegen, die Situation in Graz zu verbessern helfen und gute Lösungen für die Bürgerinnen und Bürger in Graz zu erreichen. In diesem Sinne möchte ich auch die erste Frage an den Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner stellen. Der Schulstart ist etwas sehr Belastendes für die Eltern. Es sind Startmittel zu erwerben, Arbeitsmittelbeiträge zu bezahlen und das kostet sehr viel. Ich habe heute auch dazu eine Anfrage eingebracht, die Diverses auflistet. Es sind

einige Anfragen an mich herangetragen worden, auch an die Kolleginnen und Kollegen. Wir wissen, dass es belastend ist und eben hier möchte ich den Herrn Stadtrat fragen: Gibt es seitens Ihres Ressorts detaillierte Erhebungen – unter anderem in Hinblick auf die jeweiligen Schulstufen und die einzelnen Schulen – betreffend die Höhe der Schulstartkosten für Grazer Kinder, die von den Eltern zu tragen sind?

Originaltext der Frage:

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage:

Gibt es seitens Ihres Ressorts detaillierte Erhebungen – unter anderem in Hinblick auf die jeweiligen Schulstufen und die einzelnen Schulen – betreffend die Höhe der Schulstartkosten für Grazer Kinder, die von den Eltern zu tragen sind?

StR. Hohensinner:

Liebe Frau Gemeinderätin, liebe Susi. Zuerst einmal herzliche Gratulation zum Comeback und danke für die erste Frage, die du an mich richtest. Ich verweise auf die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer führt ja sehr umfangreich eine Erhebung jedes Jahr zu Schulstart durch, was so die Schulstartpakete kosten. Wenn ich richtig informiert bin, führst sogar du diese Erhebung für die Arbeiterkammer durch. Ich habe dich schon öfters auf Steiermark heute hier nicht grinsend, sondern ernst schauend gesehen, weil, wie du richtig erwähnt hast, das ist für viele Eltern nicht leicht zu finanzieren, aber ich möchte dir auf deine Frage eine konkrete Antwort geben und dir gleich einen Auszug aus deiner Studie präsentieren:

Es gibt eben ein Schulstartpaket, das ist, so glaube ich, immer zusammengestellt. Ich führe nicht immer alles an, da geht es von Füllfeder, Tintenkiller, Bleistift bis zu den Wachsmalstiften und hier gibt es eine Schwankungsbreite zwischen 28 € und 100 €. Für die Ausstattung der einzelnen Klassen bzw. der Kinder ist ja die Bildungsdirektion verantwortlich, nämlich jeder Klassenlehrer, der den Kindern eine Liste mitgibt, und bei der Bildungsdirektion haben wir angefragt, da gibt es jetzt aber auch keine gleichen Vorgaben, die über alle Schulen drübergelegt werden können. Das heißt, wir vertrauen hier der Arbeiterkammer und auch vor allem dir, liebe Susi.

Bauer:

Ich brauche nicht fragen, was ich schon weiß. Aber, Kurt, das ist genau das, was ich meinte mit der konstruktiven Zusammenarbeit. Es hilft uns nicht das Hin- und Herschieben, das, was wir nicht können und ich gerne auch gemacht hätte, ist, die Kosten für jede Schulstufe zu erheben. Wir machen das Startpaket, ok, das ist da, aber im Pflichtschulbereich, nach den verschiedenen Klassen sind unterschiedliche Belastungen auch je nach Ausrichtung der Schule vorhanden und genau das würden wir gerne erheben, aber vielleicht kommen wir da einmal zusammen. Ich möchte dir aber hier eine andere Frage stellen. Ich habe eine Anfrage heute eingebracht zum kostenlosen Schulstart. Andere Städte geben Unterstützung finanzieller Natur. Es gibt Unterstützungen in Linz, es gibt Unterstützungen in der Stadt Feldbach, es gibt Unterstützungen in der Stadt Wien und ich möchte gerne wissen, wie denkst du darüber, glaubst du, dass wir auch in Graz zu einer finanziellen Unterstützung für die Eltern kommen können seitens der Stadt? Ich möchte es nicht auf das Land schieben und nicht auf den Bund, hier sind andere Parlamente zuständig und Organisationen. Nicht hin- und herschieben, wir bleiben hier in Graz.

Hohensinner:

Ich werde es wieder auf deine konkrete Frage reduzieren. Scheinbar warst du jetzt wirklich länger nicht mehr aktiv im Gemeinderat und hast auch nicht mitverfolgt, was hier beschlossen wurde.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Bauer**: Das hab ich schon!*

Hohensinner:

Deine ehemalige Chefin und Stadträtin hat ja die SozialCard hier eingeführt.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Bauer**: Ich will für alle eine Unterstützung, nicht nur für die SozialCard-Besitzer.*

Hohensinner:

Wenn du fragst, ob es eine Schulstartbeihilfe gibt, dann gebe ich dir schon die Antwort, dass wir im Zuge der SozialCard hier eine Schulstarthilfe haben und wir haben hier erstmals eine Erhöhung durchgeführt, nämlich um 20 %, und wenn man jetzt sagt, das ist nicht viel, ich glaube, die Eltern sind über jeden Euro froh, den wir hier mehr geben und wir geben diese Unterstützung in Form von Gutscheinen her, dass diese Unterstützung auch wirklich dort ankommt, wo wir es ankommen lassen wollen. Aber nachher musst du mir erklären, was du gemeint hast.

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Setzt euch doch zusammen.*

Nagl:

Ich denke, da gibt es noch Gesprächsbedarf, aber der Nächste der hier am Rednerpult, der seine Frage an die Frau Stadträtin stellen möchte, ist der Herr Kollege Topf.

**8.8 Frage 8: Aktueller Status Öffnung des Gehsteiges in der Grabenstraße auch für Radfahrer
(GR HR DI. Topf, ÖVP an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

GR Topf:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Es geht in meiner Frage um den aktuellen Status Öffnung des Gehsteiges in der Grabenstraße auch für Radfahrer. Damit meine ich die Ostseite vorwiegend und nicht die Westseite, weil dort aus meiner Sicht die Möglichkeit nicht besteht. Sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Elke, im Juli des Vorjahres bin ich mit dem Antrag an dich herangetreten zu prüfen, ob die Öffnung des Gehweges in der Grabenstraße als kombinierter Geh- und Radweg möglich ist. Da als Radverbindung vom Zentrum in den Grazer Norden fast ausschließlich der Murradweg verwendet werden kann, erscheint es sinnvoll, hier ein zusätzliches Angebot, nach meinem Dafürhalten am ehesten an der Ostseite der Grabenstraße, zu schaffen.

Leider habe ich in dem Zeitraum von der Einbringung meines Antrages bis heute noch keine Antwort erhalten. Zumindest auch einmal eine Überlegung, in welche Richtung hier das gehen könnte.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs die

Frage:

Gibt es inzwischen eine Stellungnahme der zuständigen Stellen des Hauses Graz zu diesem Anliegen und falls ja, wie fällt diese im Hinblick auf die Durchführbarkeit der Maßnahme aus? Ist es überhaupt möglich, hier diese Situation kombiniert allenfalls Radweg und Fußweg zu realisieren?

Originaltext der Frage:

Im Juli des Vorjahres bin ich mit dem Antrag an dich herangetreten zu prüfen, ob die Öffnung des Gehweges in der Grabenstraße als kombinierter Geh- und Radweg möglich ist. Da als Radverbindung vom Zentrum in den Grazer Norden fast ausschließlich der Murradweg verwendet werden kann, erscheint es sinnvoll, hier ein zusätzliches Angebot zu schaffen.

Leider habe ich in dem Zeitraum von der Einbringung meines Antrages bis heute noch keine Antwort erhalten.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs die

Frage:

„Gibt es inzwischen eine Stellungnahme der zuständigen Stellen des Hauses Graz zu diesem Anliegen und falls ja, wie fällt diese im Hinblick auf die Durchführbarkeit der Maßnahme aus?“

StRⁱⁿ Kahr:

Lieber Georg, danke für die Nachfrage. Eine Radverkehrsanlage in der Grabenstraße zu errichten, stößt absolut auf Unterstützung meinerseits. Deshalb, um eigentlich schon

das Ende zu sagen, das ist für dich das Wichtigere, werden wir von der Verkehrsplanungsabteilung das Land Steiermark, weil für die Umsetzung wir hier das Land brauchen, um die nötige Planung und Umsetzung erbitten. Aber man muss wissen, einen gemischten Geh- und Radweg, das ist absolut nicht mehr Stand der Technik, das wird auch von Amtswegen nicht so empfohlen, weil die Mindestbreite die 4,10 m sind und das ist einfach zu schmal dort. Wir bräuchten 5,10 m, wenn wir den Gehsteig und die Fahrradstreifen getrennt führen würden, das geht aber ganz sicher dann auf Kosten, das muss man auch wissen, der Parkplätze. Um es abzukürzen, kombinierter Geh- und Radweg ist absolut nicht zu empfehlen, aber wir werden an das Land herantreten, um hier um eine Planung in diesem konkreten Abschnitt, den du erwähnt hast, ersuchen, uns eine Vorlage zu geben.

Topf:

Die Zusatzfrage wäre, nachdem das eine Einzelmaßnahme darstellen würde, vielleicht gibt es in Zukunft die Möglichkeit, auch im Verkehrsausschuss einmal darüber zu diskutieren, inwieweit wir in Graz insgesamt das Radfahrnetz, das ja immer wieder auch in Abstimmung mit der Steiermärkischen Landesregierung sozusagen angedacht werden muss, dass es einmal ein Gesamtkonzept gibt, wo kommen wir schneller voran und wo brauchen wir zusätzliche Hilfestellung durch das Land. Ich würde bitten, und das ist dann die Frage, bist du bereit, jetzt ein Gesamtradfahrnetz, insbesondere die Diskussion um Highways in diese Richtung sind ja immer wieder auf der Tagesordnung, dass man hier ein Gesamtnetz einmal erstellt. Auch wenn die Realisierung nicht immer so einfach ist, wie man sich das vielleicht vorstellt. Das wäre meine Frage an dich.

Kahr:

Ich weiß nicht, ob die Kollegin Ussner drankommt, weil sie genau an mich diese Frage richtet und ich würde die auch gern umfassend ausführen. Letztendlich gibt es das.

Spätestens Ende des Jahres werden wir dem Verkehrsausschuss genau mit so einer Studie, die wir gemeinsam mit dem Land Steiermark und der TU, die arbeiten ja schon lange daran, wo es genau darum geht, Schnellstrecken, Mittelstrecken und Komplementierungen zu erreichen. Das werden wir, wenn es gut geht, schon im Dezember dem Ausschuss vorlegen können, sonst spätestens Anfang des nächsten Jahres. Genau das ist das Ziel.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (13.41 Uhr).

**8.9 Frage 9: Volksbefragung zur Plabutschgondel
(GR Eber, KPÖ an Bgm. Mag. Nagl, ÖVP)**

GR Eber:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Plabutschgondel war ja heute schon Thema in der Fragestunde. Wir haben entnommen, dass es tatsächlich so ist natürlich, dass die Planungen sozusagen für die Inbetriebnahme einer allfälligen Plabutschgondel verschoben worden sind und natürlich nicht endgültig gestoppt, so sehr uns das natürlich gefreut hätte. Während einerseits nun die Planungen und vorbereitenden Arbeiten sozusagen wieder gehen, das heißt vor allem die Umweltverträglichkeitsprüfung, wurde auf der anderen Seite die Volksbefragung, die ja für das erste Quartal 2020 ins Auge gefasst wurde, abgesagt, zunächst einmal und meine Frage an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, lautet nun, wann wird aus heutiger Sicht natürlich nur, eine Volksbefragung nach dem Steiermärkischen Volksrechtesgesetz zur Plabutschgondel abgehalten?

Originaltext der Frage:

Gemeinsam mit Vizebürgermeister Mario Eustacchio haben Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, am 4. September den - vorübergehenden - Stopp der Plabutschgondel verkündet. Mit dem Geld, das für die Plabutschgondel reserviert war, soll ein Klimafonds der Stadt Graz gespeist werden.

Gleichzeitig haben Sie mitgeteilt, dass zwar die vorbereitenden Arbeiten und Planungen bis hin zur UVP weitergehen sollen, damit in der nächsten Periode eine entsprechende Umsetzung erfolgen kann. Eine von Ihnen in Aussicht gestellte Volksbefragung im 1. Quartal 2019 wurde aber abgesagt.

Daher darf ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende Frage richten:

Frage:

Wann wird aus heutiger Sicht eine Volksbefragung nach dem Steiermärkischen Volksrechtegesetz zur Plabutschgondel abgehalten werden?

Bgm. Nagl:

Lieber Herr Gemeinderat, Politik besteht, so glaube ich, immer aus Prioritätensetzung. Mein Koalitionspartner und ich haben über den Sommer auch Prioritäten klar neu geordnet. In den letzten Jahren haben wir bereits stark in den Klimaschutz investiert. Ob es der Ausbau der Öffis war, Ausbau der Straßenbahnlinie, Neuanschaffung von Bussen, Umweltförderungsprojekte, neuer Ausbau der Fernwärme. Wir haben gemeinsam in der Stadtregierung und auch mit dem Gemeinderat schon viele Maßnahmen gesetzt, um dem Klimaschutz nachzukommen. Wir sind aufgrund der aktuellen Diskussionen aufgrund der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich auch verstärkt zu Wort melden, jetzt auch auf diese Prioritätenverschiebung

gekommen und haben gesagt, ja, wir würden gerne aufs Erste einmal auch 30 Mio. Euro dem Klimaschutz für viele Maßnahmen, die politische Parteien, Institutionen, Universitäten, Unternehmen, aber auch Privatpersonen haben, fördern zu können und haben damit das Projekt Plabutschgondel nach hinten geschoben. Ich sage Ihnen auch, warum ich das wollte. Wir haben in letzter Zeit, und das gilt nicht nur für Graz, sondern es gilt für die gesamte politische Landschaft in Österreich, haben wir sehr viel Kraft und Energie darauf verwendet, um bei Projekten nicht gemeinsam eine Lösung zu suchen, sondern gegenseitig die Projekte sich schlecht zu machen oder sie wegzubekommen. Ich denke mir, dass es gerade jetzt wichtig wäre, einmal die gesamte Energie, die wir im Gemeinderat haben, die wir in der Verwaltung haben, die wir auch innerhalb der Stadtregierung haben, einem Thema, das so brennend ist, zu widmen. Wenn man sich unsere Vorschau ansieht, was wir jetzt auch schon alles beschlossen haben, das, was wir noch vorhaben, dann war ein solcher Betrag von € 30 Mio. zusätzlich zu den Dingen, die wir eh tun, nur möglich bei der Plabutschgondel. Weil ich glaube, wir hätten weder gern Straßenbahnprojekte abgesagt noch Schul- und Kindergartenprojekte, die sind ja unsere Bildungsschwerpunkte, also blieb dieses Projekt über und ich habe schweren Herzens gesagt, verschieben wir es. Wir haben auch schon Geld ausgegeben und ich sage das jetzt bewusst, weil viele zu mir kommen und sagen, wenn du das jetzt gleich stoppst, dann hätte wir keine weiteren Kosten mehr. Ja, es werden auch noch ein paar Kosten entstehen, aber wir haben auch schon viel Geld ausgegeben. Ich glaube, es macht einfach Sinn zu sagen, schließen wir dieses Projekt jetzt auch einmal in der Vorbereitung so ab, wie wir es uns ja sonst auch immer wünschen, und auch ich vom Gemeinderat höre, könnten wir nicht vorher einmal alle Fakten und Daten zusammentragen? Das ist machbar, das wird jetzt wahrscheinlich länger dauern, nachdem wir uns jetzt auch gleich entschieden haben eine UVP wirklich einzuleiten und gar nicht die Frage zu stellen, ob es notwendig ist, weil der Wunsch auch da war, wie wir heute schon gehört haben, auch vom Gemeinderat Swatek, könnt ihr das bitte alles öffentlich machen und das Öffentlichste ist eine UVP, weil da werden alle Fakten zusammengetragen. Da werden Experten am Wort sein und dann wissen

wir, ob es überhaupt gehen wird oder nicht. Es kann ja sein, dass die UVP klar ergibt, das ist ein Projekt, das hab ihr euch erdacht, aber das ist aus unserer Sicht nicht machbar. Dann brauchen wir weder eine Befragung noch sonst etwas. Wenn sich herausstellen sollte, und ich schätze, dass da allein das UVP-Verfahren bis zum Oktober nächsten Jahres brauchen wird, dann kann man in späterer Folge, das wird aber nicht in dieser Gemeinderatsperiode sein, das Projekt wiederaufleben lassen. Wir haben unterschiedliche Zugänge. Ich glaube auch, dass es viele Familien gibt, viele Kleinkinder gibt, viele Mütter, alleinstehende Mütter mit Kindern, viele Menschen, die älter geworden sind, viele Menschen, die bei uns mit Behinderung leben und mit besonderen Bedürfnissen, die können nicht nur den Plabutsch erreichen, deswegen war ja die Idee, die Gondel bis nach Thal zu führen und das macht aus meiner Sicht noch immer Sinn. Aber jetzt haben wir es zurückverschoben. Aus unserer Sicht ist damit in dieser Periode keine Befragung letzten Endes mehr notwendig und konzentrieren wir unsere Kräfte gemeinsam in diese Klimainnovationsstadt. Viele von uns, auch ich, wollten keinen Notstand ausrufen. Das haben viele Bürgermeister ja zugelassen in ihren Gemeinden, aber damit endet es nicht, dass du sagst, dass es ein Problem gibt, das ist nicht genug und ich glaube, wir können jetzt gemeinsam, wir werden eh noch drüber debattieren, wir können einen gemeinsamen Schulterschluss machen und vor allem den jungen Menschen, die in Sorge sind auch um die Zukunft auf unserem Planeten und es geht nicht um die Rettung des Planeten, es geht immer um die Rettung der Menschheit, möchte ich einmal auch anführen. Weil wir müssen nicht den Planeten retten. Der Planet hält in Jahrtausenden oder Jahrmillionen gesehen mehr aus, als wir glauben und es gibt so etwas wie ein Gesetz des Ausgleichs, aber mir wäre es wichtig, dass wir da einmal sagen, nehmen wir die Energie, streiten wir einmal nicht und das ist, so glaube ich, einmal ein Thema, wo alle Fraktionen schon gesagt haben, wir müssen mehr tun und deswegen im Moment auch keine Befragung. Ich nehme an, dass das dann in der nächsten Gemeinderatsperiode, wenn möglich von der UVP her, dann kommen wird.

Eber:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich bin natürlich ganz Ihrer Meinung, wenn Sie sagen, wir haben da unterschiedliche Zugänge zur Plabutschgondel, was die Sinnhaftigkeit, Wirtschaftlichkeit usw. anbelangt. Das ist ganz klar. Meine Zusatzfrage geht aber in die Richtung, würden Sie aus heutiger Sicht sich dazu bekennen, dass es keine Plabutschgondel gibt, ohne dass davor eine Volksbefragung stattfindet?

Nagl:

Ganz klar, ich habe es schon einmal auch mit meinem Bürgermeisterstellvertreter auch in den Pressekonferenzen öffentlich gemacht, wir haben uns entschieden, diesem Wunsch einer Volksbefragung nachzukommen. Nur im Moment, glaube ich, macht es auch noch keinen Sinn, wenn nicht einmal alle Daten und Fakten am Tisch liegen. Wenn das Projekt wieder in eine Prioritätenliste nach vorne gereiht werden würde, dann soll es einer Befragung in Graz unterzogen werden und da haben wir dann alle Fakten auf dem Tisch.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (13.50 Uhr).

Ende der Fragestunde um 13.50 Uhr.